

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Gericht:

„Tagblatthaus“ Nr. 6658-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Mfr. 1.40 monatlich, Mfr. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Verlegerlohn, Mfr. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, auswärts. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Bismarckring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Weidach: die dortige Ausgabe- und in den benachbarten Dörfern und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Lieferanten.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Wfr. für deutsche Anzeigen; 50 Wfr. für ausländische Anzeigen. Mfr. 1.75 für örtliche Anzeigen; Mfr. 2.— für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechender Nachzahlung. — Anzeigen-Annahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Röhre 6202 und 6203.

Donnerstag, 8. Mai 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 211. • 67. Jahrgang.

Der Friedensvertrag.

Die wichtigsten Bedingungen.

Amsterdam, 7. Mai. Der „Telegraaf“ meldet aus London vom 6. Mai: Die „Times“ wird morgen ungefähr 10 Seiten mit einer Zusammenstellung der wichtigsten Friedensbedingungen, die den deutschen Delegierten vorgelegt werden sollen, veröffentlichen. Die wichtigsten Bedingungen sind folgende:

Die Landstreitkräfte müssen binnen zwei Monaten nach Unterzeichnung des Vertrages auf nicht mehr als 70 000 Mann Infanterie und 30 000 Mann Kavallerie beschränkt werden. Die Gesamtzahl der Offiziere darf nicht mehr als 4000 betragen. Es wird nur freiwilliger Militärdienst gestattet. Auch die deutschen Küstungen sollen auf das äußerste eingeschränkt werden.

Alle Befestigungen des östlichen Rheinuferes müssen abgerüstet werden.

Die deutschen Seekräfte dürfen 2 Monate nach Unterzeichnung des Friedensvertrages keine U-Boote mehr enthalten und werden dann nur noch aus 6 Schlachtschiffen, 6 leichten Kreuzern, 12 Torpedojägern und 12 Torpedobooten bestehen. Die anderen Kriegsschiffe müssen entweder in die Reserve versetzt oder als Handelschiffe umgebaut werden. Die Besatzung darf nicht mehr als zusammen 15 000 Mann, darunter 1500 Offiziere und Bedienstete zählen. Alle militärischen und maritimen Anlagen auf See- und Land müssen abgeschafft werden. Der Räder Kanal muß den Handelschiffen aller Länder, die mit Deutschland im Frieden leben, auf der Basis vollständiger Gleichheit offenstehen.

Es wird Deutschland gestattet, bis zum 1. Oktober eine Höchstzahl von 100 Wasserflugzeugen zum Aufspüren von Minen zu halten. Nach diesem Datum darf Deutschland keine militärischen oder maritimen Luftstreitkräfte behalten und innerhalb eines Abstandes von 150 Kilometern von der deutschen Grenze auch keine Flugzeuglandeplätze. Die in diese Zone fallenden Flugplätze müssen abgebrochen und der Boden umgepflügt werden.

Die Alliierten beschließen den früheren deutschen Kaiser nicht des Verbrechens wegen die Strafrechte, sondern der Verletzung der internationalen Moral und der Sklaverei der Verträge. Es wird ein besonderer Gerichtshof eingesetzt werden, um gegen ihn zu verfahren. Die Personen, die der Verletzung der Friedensverträge und Kriegsverbrechen beschuldigt werden, werden vor alliierten Kriegsverbrechengerichtshöfen gebracht werden.

Bis zur vollständigen Restitution der Forderungen der Alliierten muß Deutschland eine Milliarde Pfund Sterling bezahlen. Ferner muß Deutschland alle Schäden, die Zivilpersonen der Alliierten und deren Eigentum zugefügt wurden, bezahlen.

Elzas-Lothringen muß an Frankreich zurückgegeben werden, das auch das Kohlenbecken des Saarlandes erhalten wird. Die Verwaltung des Saargebietes wird von einer vom Völkerbund ernannten aus 5 Personen bestehenden Kommission ausgeübt. Nach 15 Jahren wird die Bevölkerung entscheiden, ob sie vom Völkerbund, von Frankreich oder von Deutschland verwaltet zu werden wünscht. Wenn Deutschland verwaltet zu werden wünscht, wird es das Kohlenbecken zu einem noch näher zu vereinbarenden Preise von Frankreich kaufen müssen.

Polen wird einen Zugangsweg erhalten, der bis nach Danzig läuft. Diese Stadt wird zu einer freien Stadt gemacht.

In Schleswig wird eine Volksabstimmung abgehalten werden.

Von Deutschland wird gefordert, daß es zugunsten der 5 Alliierten und Assoziierten auf seine Rechte und Titel, die es bezüglich seiner überseeischen Besitzungen hat, verzichtet. Die meisten dieser Besitzungen werden kraft eines Mandats des Völkerbundes von einer der großen Kolonialmächte verwaltet werden.

Deutschland verzichtet auf alle Rechte und Privilegien aus der Alacirasakte von 1906 und die aus dem französisch-deutschen Vertrag von 1900 und 1911 sich erheben. Alle Verträge zwischen Deutschland und dem Reich der Scherifen werden für ungültig erklärt.

15 deutsche Städte werden den Regierungen der Alliierten und Assoziierten zur Verfügung gestellt.

Als eine Bürgschaft für die Ausführung des Vertrages wird deutsches Gebiet westlich vom Rhein mit den Brückenköpfen von den alliierten und assoziierten Truppen auf 15 Jahre besetzt. Wenn die Bedingungen von Deutschland redlich ausgeführt werden, werden einige Gebiete, darunter der Brückenkopf von Köln, nach 5 Jahren geräumt.

Einige andere Gebiete, darunter der Brückenkopf von Koblenz, werden nach 10 Jahren geräumt, und das übrige Gebiet, darunter der Brückenkopf von Mainz, nach 15 Jahren. In dem Falle, daß das interalliierte Komitee zur Wiederherstellung des früheren Zustandes findet, daß Deutschland es an der Erfüllung des ganzen oder eines Teiles der Bestimmungen fehlen läßt, sei es während der Besetzung, sei es nach Verlauf der 15 Jahre, wird das Ganze oder ein Teil der angegebenen Gebiete sofort wieder besetzt. Wenn Deutschland vor dem Ablauf der 15 Jahre allen Bedingungen nachkommt, die aus dem gegenwärtigen Vertrag sich ergeben, werden die Besetzungstruppen sofort zurückgezogen.

Die finanziellen Friedensbedingungen.

Paris, 6. Mai. Wie aus amerikanischer Quelle verlautet, sind die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages folgende:

1. Die alliierten und assoziierten Regierungen bekräftigen, daß die feindlichen Staaten die Verantwortung für alle Schäden und Verluste übernehmen, die durch den Krieg den alliierten und assoziierten Regierungen und deren Staatsangehörigen verursacht wurden, durch den Krieg, der infolge des Angriffs des Feindes aufgeworfen wurde.

2. Die alliierten und assoziierten Regierungen erkennen an, daß die finanziellen Hilfsquellen der feindlichen Staaten nicht genügen, um alle Verluste und alle Schäden im vollen Umfang wieder gut zu machen. Die alliierten und assoziierten Regierungen fordern nichtbestimmte die deutsche Regierung, die die Verpflichtung dafür erhebt, auf alle Schäden zu kompensieren, die der Zivilbevölkerung der alliierten und assoziierten Staaten an deren Gütern durch den Angriff auf Land, zu Wasser und in der Luft verursacht wurden.

3. Die Höhe der Schäden, welche wieder gutgemacht werden müssen, wird durch eine interalliierte Kommission festgestellt werden. Diese Kommission wird in einer Weise gebildet werden, die die alliierten und assoziierten Regierungen später festlegen werden. Diese Kommission wird die Forderungen prüfen und den feindlichen Staaten Gelegenheit geben, angehört zu werden. Das Ergebnis der Arbeiten der Kommission für die Festsetzung der Höhe der Schäden wird den feindlichen Staaten am 1. Mai 1921 oder vorher notifiziert werden und dieser Betrag wird den Umfang ihrer Verpflichtungen darstellen. Die Kommission wird zu gleicher Zeit eine Tabelle aufstellen über die

Bezahlung der ganzen Schuld innerhalb einer Frist von 30 Jahren vom 1. Mai 1921 ab gerechnet.

Im Falle, wenn während dieser Zeit die feindlichen Staaten ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, wird die verbleibende noch zu bezahlende Summe nach den 30 Jahren in einer Weise bezahlt werden müssen, welche die alliierten und assoziierten Regierungen bestimmen werden.

4. Die interalliierte Kommission wird periodisch die Hilfsquellen Deutschlands überprüfen. Nachdem sie seinen Vertretern eine gerechte Gelegenheit, angehört zu werden, gegeben haben wird, wird sie die Vollmacht besitzen, ihm Frist zu gewähren, die Zahlungsform zu ändern. Sie wird jedoch in keinem Falle eine Herabsetzung der Höhe der Schuld gewähren können, ausgenommen mit der ausdrücklichen Ermächtigung der verschiedenen in der Kommission vertretenen Regierungen.

5. Um den alliierten und assoziierten Regierungen zu ermöglichen, unverzüglich zum Wiederaufbau ihrer Industrie und zur Wiederannahme ihres Wirtschaftslebens zu schreiten, wird Deutschland (entweder in Gold oder durch Rohstoffe, Schiffe oder Werte, die von der interalliierten Kommission bestimmt werden)

im Jahre 1919 und 1920 fünf Milliarden Dollar bezahlen.

Die Ausgaben für die Besatzungsarmee unmittelbar vom Waffenstillstand an gerechnet, werden vor allem bezahlt werden müssen.

6. Die zur Erfüllung genaueter Forderungen bestimmten und nacheinander erfolgenden Zahlungen sollen unter die alliierten und assoziierten Regierungen in einem Verhältnis verteilt werden, das zwischen ihnen im voraus oder auf Grund der allgemeinen Billigkeit und der Ansprüche jedes einzelnen festgelegt werden.

7. Die oben erwähnte Bezahlung schließt die Zurückstellung in natura derjenigen Objekte nicht aus, welche gestohlen, beschlagnahmt oder zerstört wurden. Sie umfaßt ebenfalls nicht die Zurückstellung in natura der Tiere und Gegenstände, welche nach Deutschland weggeführt und deren Identität wird bewiesen werden können.

8. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, die in Art. 3, 4 und 5 aufgeführten Zurückstellungen vorzunehmen.

9. Die deutsche Regierung anerkennt die Vollmacht der in Art. 3 vorgesehenen Kommissionen und verpflichtet sich unwiderruflich, sich den Beschlüssen dieser Kommission zu unterwerfen. Die deutsche Regierung wird der besagten Kommission alle Informationen aufstellen, die ihr mit Bezug auf die finanzielle Lage des deutschen Staates und der Gemeindeverwaltungen erforderlich sind. Die deutsche Regierung wird den Mitgliedern dieser Kommission und ihren ermächtigten Agenten dieselben Rechte und dieselbe Immunität gewähren, die in Deutschland akkreditierten Diplomaten und Agenten der befreundeten Mächte genießen. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, für die Kosten und Ausgaben dieser Kommission und des Personals, das sie zu verwenden haben wird, aufzukommen.

Die Unterzeichnung.

Verailles, 7. Mai. „Echo de Paris“ will erfahren haben, was werden den Deutschen kein Hindernis in den Weg legen, falls sie sich an die Regierung in Berlin zur Prüfung des Vertrages schickten. Die Unterzeichnung des Vertrages sei zwischen dem 3. und 5. Juni zu gewärtigen.

Die Pariser Stimmung gegen Deutschland.

Rotterdam, 7. Mai. Die „Westminster Gazette“ meldet des „Kleinen Rotterdamschen Courant“ zufolge aus Paris: Obwohl alle mit berechtigtem Recht gegen Deutschland erfüllt sind, besteht hier doch eine kräftige Strömung, die die einzige Hoffnung für die Zukunft der Welt in einem Frieden erblickt, der so ist, daß die gesunden Elemente in Deutschland Interesse an seiner Erhaltung haben. Der Korrespondent der „Westminster Gazette“ erklärt, er sei in der Lage, mitzuteilen, daß die Bewegung zugunsten einer baldigen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in amtlichen Kreisen viel stärker sei, als bisher bekannt war.

Die Aufhebung der Blockade.

London, 7. Mai. Englische Schiffschefsellschaften unternehmen Schritte, um an dem Getreidevorrat aus Südafrika nach den mitteleuropäischen Ländern einen größeren Anteil zu erhalten. Der dringende Bedarf des englischen Marktes an Rohstoffen ist übergeordnet und die Lebensmittelfuhr ist fast in derselben Weise wie vor dem Krieg geregelt. Ein Teil der englischen Schifffahrt wird deshalb frei, um die Einfuhr in die anderen Länder und auch nach Deutschland freizugehen. Dazu ist aber die sofortige Aufhebung der Blockade erforderlich. Die Vereinbarungen zwischen den anderen Regierungen haben in dieser Beziehung hemmend auf die Verhandlungen und Entschlüsse in Paris gewirkt. Wie es jetzt jedoch heißt, hat Lloyd George die Forderung, in der die Aufhebung der Blockade von England verlangt wurde, untersucht. Die Vereinbarungen, die in Liverpool und Portsmouth getroffen werden, lassen darauf schließen, daß sofort nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages eine Order ergeht, die die Aufhebung der Blockade ankündigt. In diesen Tagen werden über 130 englische Dampfer Bestimmung erhalten, in Amerika Südafrika mit europäischer Ladung vorzunehmen.

Vorbesprechungen über Grenzfragen.

Berlin, 7. Mai. Wie das „V. L.“ aus dem Haag meldet, verläßt in Konferenzkreisen in Versailles, daß bereits gestern eine Vorbesprechung mit der deutschen Delegation über gewisse Grenzregulierungen stattgefunden habe. Diese Verhandlungen beziehen sich auf das Saargebiet, Schlesien, Danzig und das Rheingebiet.

Die türkische Frage.

Amsterdam, 7. Mai. Aus Paris wird gemeldet: Heute beginnen die Besprechungen der türkischen Frage im Rate der Drei. Wilson soll im Augenblick damit beschäftigt sein, einen Entwurf für die Internationalisierung der Äbels auszuarbeiten.

Die Wenden.

Dresden, 7. Mai. Der Ausschuss der Sachverständigen Werten hat folgende Entschlüsse nach Versailles gelangen lassen: Gegen das Auftreten der Herren Barth und Bral, die sich vor der Friedenskonferenz als Vertreter des wendischen Volkes aufspielen, wird in kürzester Weise Einspruch erhoben. Das wendische Volk hat ihnen kein Mandat zu solchen Verhandlungen erteilt und würde es ihnen nie erteilen. Aus einer derschwindelnden Minderheit haben sie durch ihre heberische Agitation für ihre deutschfeindlichen, den Bestand des eigenen Volkes gefährdenden Umtriebe zu gewinnen vermocht. Die Mehrheit unseres Volkes lehnt ihre Pläne ganz entschieden ab und will nichts mit ihnen gemein haben.

Deutschland und Russland.

Berlin, 7. Mai. Die gestrige Sitzung des Friedensausschusses hat sich für die Notwendigkeit der Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen mit Russland ausgesprochen. Die Redner aller Parteien waren darin einig, daß auf die Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zunächst im Handelsverkehr und wenn möglich eine Waffenruhe das allergrößte Gewicht zu legen sei. Es wurde mehrfach bemängelt, daß auf die Forderungen der Sowjetregierung überhaupt keine Antwort erfolgt sei und daß der deutschen Öffentlichkeit der Inhalt der Forderungen vorenthalten werde. Bei aller Vorsicht, die hier gegenüber den Forderungen geboten sei, schiene es doch notwendig, so lange zu warten, bis schließlich die Entente durch den Friedensvertrag und das Gesetz unserer Parität vorschreibe.

Bürgertum und Proletariat.

Von Dr. Rüdiger Schumann.

Wer ins Unglück geraten ist, pflegt über die Ursachen seines Unglücks nachzudenken, und so liegt es nahe, daß in einer großen und stolzen Nation, die so tief ins Unglück gekommen ist wie die deutsche, die Stimmen nicht verstummen können, die nach den Gründen forschen, wie es zu dem allem kommen konnte, was sich seit vorigem Herbst mit uns ereignet hat, die nach Erklärungen suchen für Zusammenbruch, Revolution und die jetzigen, unseren Volkseifer erschütternden wirtschaftlichen Aufwühlkämpfe und die von Schuld und von Verantwortlichkeit für dies alles reden.

Hierbei liegt nun der erste Fehler darin, für etwas, das zum Nachteil des Vaterlands ausschlägt und überhaupt für die ganze Nation, die die Politik eines Landes in entscheidenden Stunden nimmt, einzelne Männer und nicht vielmehr herrschende Ideen verantwortlich zu machen, ein zweiter Fehler ist es, hierbei von Schuld statt von Ursachen zu sprechen, und der dritte und vielleicht größte Fehler ist das Streben in der Vergangenheit als Selbstzweck zu betreiben und nicht vielmehr lediglich als Mittel, um durch gewonnenen Klarheit über die Ursachen des Niedergangs Licht und Hand frei zu bekommen für den Wiederaufstieg, und um sich in der Überzeugung zu bestärken, daß der Charakter und den unvergleichlichen in unserer Nation schlummernden Kräften noch, die jetzige Zeit des Tiefstandes nur eine vorübergehende sein kann, und daß die alten Zeiten der Ordnung und der Mäße früher oder später wiederkehren müssen. Denn in der jetzigen Zeit der Not zeigt sich erst, und zwar besser als in der Zeit der Hofeinstellung gegen den Feind, wer wirklich deutsch empfindet und wer nicht: wer jetzt pessimistisch ist und, meist überdies noch im Klasseninteresse befangen, an der deutschen Zukunft verzweifelt — es werden diese derjenigen darunter sein, die während des Kriegs sich nicht genug in beständigem Optimismus tun konnten — sollte sich lieber gar nicht als Deutscher bezeichnen.

Vor allem aber tut völlige Klarheit darüber not, daß das Antlitz Deutschlands jetzt innerlich völlig gewandelt ist gegen früher. Denn auch unter denen, die fest auf bessere Zeiten hoffen, sind, wenigstens in den oberen Ständen, viele, die sich unter „besseren Zeiten“ merkwürdige Vorstellungen machen. Sie denken darunter die ziemlich reiche Wiederkehr des früheren Zustandes, in dem die Leitung und Verwaltung unseres Staatswesens ausschließlich in den Händen der bestehenden Klasse lag, unter völliger Ausschließung des Proletariats, des Arbeiterstandes, wo kein einziger Vertreter des letzteren bei uns Mitglied der Regierung oder sonst an leitender Stelle war, und wo das auch ganz natürlich fanden. Freilich war bei uns für den Arbeiter „gut gefogt“, besser als in den meisten anderen Staaten; unsere Sozialgesetzgebung — in letzter Zeit erst von England überholt — war vorbildlich. Aber diese Gesetzgebung war ohne Mitwirkung des Volkes, dem sie galt, ins Leben gerufen worden; es war ein Geschenk der oberen Klasse an die untere, die sich indes nichts denken lassen wollte, sondern Rechte verlangte, und zwar nicht nur soziale, sondern vor allem auch politische, die ihm das Bürgertum aber stets mit wohlwollend bewundernden Begründungen verweigerte, weil es nicht einsehen wollte, daß politischer Sinn, der zur Ausbildung der Staatsbürgerrechte gehört, durchaus nicht an Besitz und höhere Bildung geknüpft ist.

Diese guten alten Zeiten, in denen der Proletariat nur Objekt und nicht Subjekt im Staat war, sind nun für immer vorbei; es handelt sich jetzt für das Bürgertum nur noch darum, daß es in der Ausübung politischen Einflusses nicht allzu sehr ins Hintertreffen gerät gegenüber der Arbeiterkraft, die mit solcher Energie nach den Bügeln der Macht im Staat greift. Um ins Hintertreffen zu geraten, dazu führt aber kein Mittel sicherer als das, das gegenwärtig viele Kreise des Bürgertums und seine Presse, in durchaus verfehltem politischem Instinkt, befolgen, nämlich sich in ständiger Opposition zu fügen gegenüber der jetzigen mehrheitlich sozialistischen Regierung und ihr das Leben sauer zu machen. Die jetzige Regierung besteht in ihrem ausschlaggebenden Teil aus Vertretern der Arbeiterschaft, und zwar der gemäßigten Mehrheit derselben; ihrer deutschen Arbeiterkraft, die ein britischer Minister noch während des Kriegs die intelligenteste, mächtigste und fleißigste der Welt nannte, und deren Fleiß und Geschick, neben dem Unternehmertum des Kapitals und dem Wohlstand der Technik, die deutsche Industrie ihre Blüte verdankte. Diese Regierung nun wird bis auf Weiteres bekämpft, ihre Vertreter werden Mörder und Blutbunde gescholten, die zugleich auch wirtschaftlich unser Land durch Streiks und Aufrufe nicht zur Ruhe kommen lassen und an die sich weiter links die pathologisch verworrenen Fanatiker anschließen, die bei uns alles zerstören möchten, um über Trümmern an die Verwirklichung ihrer unforschen kommunistischen Ideale zu gehen. Gegen alle diese Elemente verteidigt sich diese Regierung mit ruhiger, fester Hand, immer in dem

Bewußtsein, daß sie nicht allein die ihr anvertrauten Rechte des Bürgertums zu wahren hat, wie dieses immer anzunehmen scheint, sondern auch die der Mehrheit der Arbeiter, deren wirtschaftliche Interessen nun mal im Gegensatz zu denen des kapitalistischen Bürgertums stehen. Vertreter der letzteren allein, so würden ihr die Massen ihrer Anhänger bald wegwischen und zu den Unabhängigen übergeben. Nichts Verfehlteres gäbe es also, als wenn von bürgerlicher Seite der Opposition von links, der die Regierung ausgeht, ist nun auch noch die von rechts zugefügt, und diese Regierung zwischen zwei Feuer gestellt würde, statt daß man sie bürgerlicherseits möglichst lobal unterstützt. Aus diesem Gesichtspunkt heraus erledigt sich auch, beiläufig bemerkt, der Gedanke eines Zusammenstoßes aller bürgerlichen Parteien, mit dem so oft noch getuschelt wird, ohne an die Folgen zu denken, die seine Verwirklichung haben würde. Die Antwort würde ein Zusammenstoß des gesamten, sehr gespaltenen Proletariats vom gemäßigten Mehrheitssozialdemokraten bis zum wilden Kommunisten und die Bildung einer rein sozialistischen Regierung sein.

Aber auch davon abgesehen, würde es ein Unglück, wenn der rein wirtschaftliche Gegensatz zwischen Bürger und Arbeiter, den die Zukunft doch gerade mehr und mehr überbrücken und verwischen soll, ausschließlich die Politik bestimmen, denn diese Bestimmung kommt vielmehr dem politischen Willen zu. Die Zukunft aber gehört, wie überall in der Welt, so besonders auch in Deutschland, dem demokratischen Gedanken mit starker nationaler Färbung. Er zählt als seine Anhänger ebensowohl die breiten Massen des Bürgertums wie den ruhigen und national denkenden Teil der sozialistischen Arbeiterkraft. Nichts ist also natürlicher, als daß beide zur Bestimmung der Richtung der deutschen Politik zusammengehen, so daß der Opposition von rechts und links nur eine geringe Betätigungsmöglichkeit bleibt.

Der Parteistandpunkt ist ein notwendiges Übel im Staat, ungleich gefährlicher und beschränkter aber ist eben jener Klassenstandpunkt, von dem aus so viele in den bestehenden Ständen, oft ohne es selbst zu wissen, von jeder die Dinge betrachtet haben, sich aber sehr wundern, daß die außerhalb der Bourgeoisie stehenden sich auch läßt als Klasse zusammenzuschließen haben, die nun auf ihre Rechte pocht, wie sie es vom Bürgertum gelernt hat! Daß es hier zu keinem dauernden Kampf um die Macht im Staat zwischen zwei Klassen kommen darf, sondern daß alles zum Ausgleich, zur Versöhnung, zur Verwischung der Grenzlinien drängt zwischen denen, die ein, wenn auch noch so geringes, aber gesichertes Einkommen haben, und denen, die auch bei den höchsten Löhnen nicht einer ungesicherten Zukunft gegenüberstehen — das ist in aller Kürze der Kern des Unterschiedes zwischen Bürger und Arbeiter —, das bedarf wohl keiner Begründung. Mit zu diesem Ausgleich führen kann vor allem die Stärkung des nationalen Gedankens im Bürgertum nach einer bisher dort unbekannten Richtung hin, doch nämlich auf Seiten der sogenannten oberen Stände die Überzeugung Gemeingut wird, daß jedem in ihrer Angehörigen der armste und sozial niedrigststehende Proletarier näher steht, weil er Deutscher ist, als etwa der Angehörige oberer Stände in einem anderen Land. Daß der nationale Gedanke, den im Proletariat nur Unabhängige und Kommunisten als doktrinären Prinzip ablehnen, auch bei der Mehrheitssozialdemokratie, die die eigentlichen Arbeitermassen repräsentiert, nicht einfach aufgehoben ist, das zeigen die Haltung und die oft so männlichen deutschen Worte ihrer Führer, vor allem Kossel; es wird auch gekennzeichnet durch die Tatsache, daß, wenn es um Anschluß Deutschlands an das Reich gemäß den wilsonischen Prinzipien kommt, wir dies dem Willen der sozialdemokratischen Volksmassen überlassen zu verstanden haben, denn in den oberen Ständen, bei Adel, Großbürgertum und Geisteswelt findet sich eine lebhafteste Gegnerschaft gegen den Anschluß.

Daß zur Stärkung der jetzt so notwendigen nationalen Gesinnung in allen Bevölkerungsschichten und zur Hebung des Vertrauens in die deutsche Zukunft das notwendige Gemeingut über die Revolution nicht gerade beiträgt, wie es so oft noch in bürgerlichen Blättern erschallt, ist einleuchtend. Ebenso unflug, wie trotz unserer jetzigen schweren Lage unflughafte, ist auch der kraftlose Pessimismus, der noch aus so vielen Vorfällen spricht, aber geradezu amüßend ist die Art, wie jetzt mancher reaktionäre Deutsche sein eigenes Volk, zu dem er sich offenbar von seinem Klassenstandpunkt aus nicht rechnet, bekämpft und mit Schmutz bewirft, und jeder nationalen Würde und Tates hier im besetzten Gebiet, also unter den Augen der offenkundigen Fremden Nation, den „Wintervergiftung“ und „Erbschuld“ in Bezug auf das deutsche Volk zu schreiben mag, wenn man es kürzlich in einem Aufsatz einer hiesigen Zeitung lesen konnte. Mag man auch mit der Trauer und Verweiflung derer, die schon vor dem jetzigen Umschwung politisch sehr weit rechts standen, denen mit dem Sturz der alten Gewalten in Deutschland alle ihre politischen Gefühlskräfte zerbrochen

und in den Staub sanken, und die sich nun im Dunkel und Chaos abtauben, Geduld und Mitleid haben: die Form der Volkseinstellung darf ihr Schmerz nicht annehmen; auch sie müssen mitauflieben helfen, oder, wenn sie das nicht wollen oder können — schweigen.

Die anderen, und das wird Gottlos die Mehrzahl sein, werden wissen und fühlen, daß, auch wenn der Tiefpunkt der uns noch nicht erreicht sein sollte, über den schwarzen wie über den hellen Tagen unserer so wechselvollen, aber großartigen deutschen Geschichte stets das Wort geschwiegen hat: „Deutschland hat ewigen Bestand“.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 7. Mai.

Zweiter Vizepräsident Dr. Frenkel eröffnet die Sitzung um 12.20 Uhr. — Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Neue Anfragen.

Abg. Dr. Rosenfeld (L. S.) fragt: Ist der Staatsregierung bekannt, daß der zweite Rätekongreß beschlossen hat, daß die Mitglieder des Kongresses in Untersuchungshaft zu entlassen ist? Willigt die Staatsregierung, daß trotz dieses Beschlusses Ledebour weiter in Untersuchungshaft gehalten wird?

Justizminister Dr. Am Sehnhoff erwidert, daß von der Staatsregierung die Immunität der Rätekongreßmitglieder nicht anerkannt werden könne.

Eine Anfrage der Abg. Frau Arendsee (L. S.) bezieht sich auf das Verbot der Zeitungen „Rote Fahne“ und „Republik“ sowie auf die Beschlagnahme der „Republik“ ohne schriftliche Verfügung.

Ministerialdirektor Weigner: Die „Rote Fahne“ und die „Republik“ sind von den Militärbehörden auf Grund des Verbotsgesetzes verboten worden. Die Staatsregierung hält das Verbot der beiden Zeitungen für gerechtfertigt. (Beifall bei den Unabhängigen: Heil! Heil! Pressefreiheit! Heil! Heil! den Sozialdemokraten und von der Rechten: Mühen! Mühen!)

Der Entwurf eines Gesetzes für die Wahl eines Abgeordneten zur beschlussgebenden preussischen Landesversammlung für den Regierungsbezirk Sigmaringen wird nach kurzer Aussprache in erster und zweiter Lesung mit der Änderung angenommen, daß die Wahl am Sonntag, den 1. Juni, stattfinden soll.

Das Haus setzt die

Beratung des Staatshaushaltsplanes

fort. Abg. Schönbert (Ec.): Die Verfügungen der alten Regierung müssen durch eine vernünftige Steuerpolitik wieder weggemacht werden. Das neue Steuersystem muß vor allem eine bessere Einkommensmöglichkeit für das Land schaffen. Zur Hebung der Produktion auf dem Lande befürworten meine Freunde die Entwicklung eines gesunden Kleinbauernstandes. Die Aufhebung der Fideikomisse ist eine unbedingte Notwendigkeit. Die Lage der Arbeiter ist durch die bereits nicht verbesserte.

Abg. v. Nitschows (Dem.): Der Reichtum von 222 000 Mark wird sich in Wirklichkeit auf über 24 Millionen Mark erhöhen. Dabei hat der Finanzminister selbst bezweifelt, ob die teilweise Erhöhung der Einnahmen der Eisenbahnen im Personen- und Güterverkehr von der Wirtschaftlichkeit erreicht werden wird. Die Reform der Steuerveranlagung durch die Einführung selbstständiger Steuerkommissionen ist vom Haus einstimmig gebilligt worden. Mit der Befestigung dieser Steuerkommissionen muß aber in beschleunigtem Tempo vorgegangen werden. Die Zahl von 30 im Etat von 1919 erscheinende viel zu niedrig. Die früheren Matricularbeiträge — jährige Bundesbeiträge — stiegen im Etat mit 151 Millionen Mark. Ob dieser Bundesbeitrag in Zukunft eine Rolle spielen wird und ob er größer oder geringer als 151 Millionen sein wird, ist noch ganz ungewiß, weil über den Steuerverhältnissen des Reiches und über das Verhältnis des Reiches zu den Bundesstaaten auf dem Steuergebiet noch ein vollkommenes Dunkel schwebt. So lange Deutsch und kein Einheitsstaat ist, so lange noch Bundesstaaten bestehen, ist das Reich verunsichert, bei seiner Steuerpolitik auf die Existenz der Bundesstaaten in Rücksicht zu nehmen und darf ihnen die Quellen unter keinen Umständen entziehen, ohne die Bundesstaaten und die Gemeinden ein selbstständiges Dasein nicht führen können. Von dem Übergang der preussischen Staats-eisenbahnen an das Reich kann nur die Rede sein, wenn gleichzeitig auch unter denselben Bedingungen die Eisenbahnen der anderen Bundesstaaten auf das Reich übergehen. Die Gefahr, daß den Interessen der Bundesstaaten seitens des Reiches nicht immer Rechnung getragen wird, ist groß. Das haben wir in Weimar gesehen und an uns selbst erfahren.

Aus Kunst und Leben.

— Russisches Landestheater. Der Berliner Kammer-sänger Hermann Jodlowitz war für ein Gastspiel gewonnen worden. Gestern sollte er als „Don José“ in Bizets Oper „Carmen“ auftreten. Doch, wie gewonnen — so zerronnen: weiche „rote Bettel“ verkündeten, daß der berühmte Bass wegen plötzlicher Erkrankung abgesetzt habe! Manche Besucher wandten daraufhin ihr Antlitz fassungslos — zur Rache; doch blieben noch genug: das Haus zeigte sich recht gut besucht, und niemand hatte das Weiden zu bereuen. Herr Scherer gab den „Don José“ in Frische und Jugendlichkeit; er war glänzend bei Stimme und sang mit Hingabe. Einige Übergänge in der musikalischen Gestaltung könnten bei vermehrter Geschmeidigkeit in der Anwendung der Rezitative noch verbessert werden. Daß der Sänger in dieser Hinsicht sehr wohl einen ersten Versuch gemacht zu beobachten vermag, bewies er im Duett mit „Piccola“. Hier griff auch Fräulein Meyersbach entscheidend ein, und man wird diese Szene nur selten in so feinstimmiger und feingestimmter Ausführung zu hören bekommen! Besonders Interesse weckte diesmal die den meisten noch unbekannte Darbietung der Fräulein Haas als „Carmen“. Eine Carmen von lieblicher Güte — vielleicht ein etwas ungewöhnlicher Anblick; doch — man gewöhnte sich bald. Überraschend elastisch in der Haltung, voll Lebendigkeit im Spiel — doch immer unter Wahrung einer gewissen Würde: mehr Donna, Schora als Niguerin —, mit glühenden Widen und feuerförmigen Augen, dabei mit einer pfiffigen Eleganz in der äußeren Erscheinung —, so schien sich sofort anzukündigen, daß diese „Carmen“ nicht nur launisch, leicht und ausgelassen ist, sondern vor allem auch durch eine bewußte Überlegenheit der eigenen Persönlichkeit ihre gesamte Umgebung zu beherrschen und zu lenken weiß. Das warm-schwellende, sonore Altorgan und die noble Singweise, bei der jeder Ton seine plastische Ausdehnung erfährt, — unterstärkt und kräftigt sich vornehmlich die Auffassung der Rolle. Die Führungslinie; im 2. Akt die spanische Tanzweise — in prächtiger, dunkelstrahlender Aolor.; und die verhaltene, aber überaus leidenschaftliche bei dem glänzenden Ruf zur Flucht

— ein dramatisch empfunden! So folgte auch das Publikum der Forderung der Partie mit offenkundiger Spannung und ließ es an Beifall nicht fehlen. Die übrige Besetzung zeigte lauter gute Bekannte — in bekannter Güte. O. D.

• Residenz-Theater. Gestern, genau acht Tage nach dem Tode von Fräulein Adrienne-Arthur, Pader, trat während Fräulein Pader nur auf strengen Rhythmus geschult ist, ihre Bewegungen straff und mehr an rhythmischen Turnen erinnern. Ist Fräulein Pader jede Bewegung im Bewußtsein und Grazie auf. Sie versucht, sich der Musik ganz anzupassen, sich ihr unterzuordnen, sich ihr anzugeben. Wenn ihr manches auch nicht gelang, so war Beispiel Beckhovens Sätze — Beethoven denke ich mir denn doch anders —, so hat die junge Künstlerin in ihrem letzten Auftreten doch große Fortschritte gemacht, ist eingedrungen in Ruhe und Stille; und brachte einiges vollendet plastisch. Das Ernte-Rodent, lie liegt ihr besser als das Spielerische, obwohl sie viel Temperament hat. Wenn sie in lauten, wallenden Gesängen einerschreit oder nur leise und weichen ausführt, dann bekam ihre Gestalt ein edles, klassisches Gepräge. In Chopins Largo wirkte sie wie eine Priesterin. Jede Stellung hätte da wohl einem Bildhauer gefallen können, etwa für ein Großdenkmal. Auch Schumanns „Edelweisslied“ gelang ihr, ebenso Dvoraks „Bell-Adagio“. Ihre Kostüme waren vielfach von malerischer Eigenart bei aller Einfachheit und pakteten sich zumeist dem Charakter der Musik glücklich an. Das Haus war gut besucht. Die vielen kleinen amüsierenden Scherereien brachten ihrer Lehrerin zum Schluß eine begeisterte, von Hochrufen getragene Ovation.

C. K. Der Kultus der alten Teppiche. Die Preissteigerung, die sich ja auf allen Gebieten und besonders auf dem Kunstmarkt geltend macht, ist aber doch wohl nirgends so deutlich hervorgetreten wie bei den Summen, die für alte persische und türkische Teppiche gezahlt werden. Wird schon der gewöhnliche orientalische Teppich, der früher eine durchaus erschwingliche und häufige Ware war, gegenwärtig zu einer seltenen Kostbarkeit, so freiset man mit alten und besonders schönen Stücken geradezu einen Kultus. Die Erklärung dafür liegt nicht nur in den allgemeinen Verhältnissen, sondern auch in

der Tatsache, daß der früher so schmunghafte Handel mit orientalischen Teppichen völlig aufgehört hat. Selbst in Ägypten sind schöne Teppiche eine Seltenheit, wie Edward B. Rogers in einem Aufsatz über den heutigen Teppichmarkt ausführt. Persische und türkische Teppiche kommen nicht mehr wie früher mit großen Kamellawagen nach Ägypten, und die Händler fordern für ein Stück echten Persers in der Größe eines Taschentuchs 600 Mark und mehr. Es ist gar keine Seltenheit, wenn jetzt ein wunderbares Stück, wie ein Persepolis des 16. Jahrhunderts, in London mit 12 000 Pfund bezahlt wird, eine Summe, die nach Friedenskurs bei uns 240 000 Mark betragen würde, in Wirklichkeit jetzt aber viel größer ist. Eines der edelsten Werke der orientalischen Teppichkunst, der heilige Teppich von Ardabil, der sich im Londoner Victoria- und Albert-Museum befindet, brachte im Jahre 1893 2500 Pfund, und diese Summe wurde damals für ungeheuer angesehen. Heute bekommt man für diesen Preis keinen großen Wandteppich mehr, sondern nur noch ein mittelgroßes Stück von mäßiger Größe, und für einen Teppich, der gerade als Bettvorleger dienen kann, werden ein paar hundert Pfund bezahlt. Dabei sind die Teppiche, die heute diese Preise erzielen, nicht mehr alte seltene Stücke, sondern nur gute Durchschnittsware. Es wird eben ein wahrer Kult mit Teppichen getrieben, der religiösen Andacht vergleichbar, mit der der Mohammedaner die heiligen Teppiche seiner Moscheen betrachtet. Wenn heute ein Sammler zu seinen Teppichen führt, so tut er es mit ebenso feierlichen Zeremonien wie der gläubige Verehrer Alahs, der uns auf die Schönheiten des Marmorkubens in der Omar-Moschee in Jerusalem aufmerksam macht. Man muß Pantoffeln über die Schuhe ziehen, bevor man sich auf diesen erleuchten Stücken bewegen darf. Der moderne Teppichverehrer geht aber noch weiter, indem er seine überhaup nicht ausreißt. So hat z. B. ein amerikanischer Sammler sich eine Teppichgalerie eingerichtet, wie man sonst eine Gemäldegalerie hat. Alle seine Besucher sind unter Glas und Rahmen und leuchten mit ihren wunderbaren Farben wie expressionistische Gemälde von den Wänden. Dieses Beispiel, das den Kunstwert der Teppiche klar zur Anschauung bringt, findet immer mehr Nachahmung.

Wir haben uns hier gegen eine Aufstellung oder Gebietsveränderung Preußens ausgesprochen. In Weimar aber hat der Verfassungsausschuss Bestimmungen beschlossen, wonach die Aufteilung von Bundesstaaten ohne deren Zustimmung herbeigeführt werden kann. Auf dem Gebiete der Bildung und Erziehung darf auch nicht gespart werden. Unsere Verantwortung mag so groß sein, wie sie will, das einzige, was wir unseren Kindern hinterlassen können und werden, ist Bildung und Erziehung, und kein Kapital ist besser angewandt als für diesen Zweck. Auch auf Kosten der Beamten darf der Staat nicht sparen. Bei der Auswahl der Beamten soll ohne Rücksicht auf die politische Anschauung und Parteizugehörigkeit entschieden werden. Wurde dieser Grundsatz bei den jüngsten Ernennungen befolgt? Wenn man immer mehr dazu übergeht, die Beamtenposten zu politisieren, so wird dadurch das politische Streben, die politische Charakterlosigkeit nur begünstigt, und diese Gefahr ist nicht zu unterschätzen.

Hr. Rosenfeld (U. S.): Der Wiederaufbau und die Wiedergewinnung der deutschen Wirtschaft ist nur durch Sozialisierung zu erreichen. (Lachen rechts.) Trotz der Revolution ist noch nicht einmal die politische Freiheit erreicht. (Widerstand.) Die Erziehung der Geiseln in München beurteile ich genau so wie Sie. (Lebhafter Widerspruch.) Es wird gesagt, die Voraussetzungen für eine Aufhebung des Belagerungszustandes seien noch nicht gegeben, sie könne erst erfolgen, wenn keine Ausschreitungen mehr vorkämen, aber das Volk kann nicht und will nicht länger warten. Jurist: Wollen Sie sich mit den Millionen Ihres Schwiegersvaters auch zum Volk rechnen? Das ist leider nur ein Märchen, ich habe noch keinen Pfennig von meinem Schwiegersvater bekommen.

Vizepräsident Frenkel: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. Sie verlängern nur unnötig die Debatte. Außerdem mache ich den Herrn Redner darauf aufmerksam, daß die Geschäftsordnung ihn nicht zwingt, auf diese Zurufe einzugehen. (Seitensitz.)

Hr. Rosenfeld schließt: In der Friedensfrage ist unsere Hoffnung nicht Wilson, sondern das Proletariat.

Hr. v. Dannenberg (D. Hann.) führt Beschwerde über die Arbeiten am Ritterslandkanal, durch die die Landesversammlung vor eine vollstän- dige Katastrophe gestellt werden sollte.

Donnerstag 12 Uhr: Weiterberatung. — Schluß 6,15 Uhr.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 7. Mai. Das Bureau des Reichstags erklärte, daß hier weder ein Termin für den Zusammentritt der Nationalversammlung in Berlin, noch der Ort, an dem die Sitzungen hier stattfinden sollen, festgesetzt ist. Auch die Dauer der Tagung ist vorläufig noch nicht abzusehen. Die bisher gemachten Angaben können daher lediglich Vermutungen sein. Der Haushaltsausschuss beginnt die Sitzungen in Berlin am Mittwoch. Ein Zeitpunkt für den Zusammentritt des Verfassungsausschusses ist noch nicht bestimmt worden. Geheimrat Jungheim hat sich heute wieder nach Weimar zurückgegeben.

Berlin, 7. Mai. Am Montagmittag hatten sich mehr als 350 Abgeordnete der Nationalversammlung in Berlin zusammengefunden. Das Reichstagsgebäude ist infolge der kaulischen Veränderungen für die Abgeordneten gesperrt. Die Plenarsitzungen sollen im alten Bibliotheksgebäude stattfinden.

Die Ernährungslage.

Berlin, 7. Mai. Aus den kleinen Städten, die bisher keine Ausfuhr von Mehl und Fett aus der ausländischen Zufuhr erhalten haben, wird das Verlangen laut, daß sie gleichfalls berücksichtigt werden. Eine solche Ausdehnung der Zuteilungen liegt in der Absicht des Reichsernährungsamtes, sobald die Verteilung der Großstädte und der Industriezentren durchgeführt und gesichert ist. Das ist aber noch nicht der Fall. Es ist eine gewisse Störung in der Lebensmittelzufuhr eingetreten, die Verzögerungen mit sich bringt. Die Meldungen über verbrauchte und durchgeführte Menge von Lebensmitteln bei der Entladung der Schiffe erregen vielfach Staunen, und man fragt sich, ob denn keine ausreichenden Vorkehrungen für die Beschaffung tiefer Vorräte getroffen sind. Nicht minder verdräulich als diese Mängel sind aber auch die immer noch vor kommenden Einbrüche östlicher Räte oder ähnlicher Injanzien in die Anordnungen der Reichsämter. Es werden hier und da willkürliche Verfügungen über die Lebensmittelzufuhr getroffen und es ist bisher nicht bekannt geworden, daß die Reichsämter von ihrer Nachbefeugnis zur Abstellung solcher Missstände Gebrauch gemacht hätten. In der nächsten Zeit soll, wie es heißt, dem Schleichhandel heftig zu Leibe gegangen werden. Gegenüber neueren Vorschlägen über ein zu schaffendes System der Kontrolle und der Beaufsichtigung macht die Regierung geltend, daß die bisher ergangenen Gesetze gegen den Schleichhandel durchaus genügend seien. Sie gibt aber zu, daß es mit der tatsächlichen Durchführung noch eine nachträgliche Handhabung durch die unteren Behörden gerügt werde. Es sollen noch einmal die bestehenden Verordnungen und Verbote nachdrücklich in Erinnerung gebracht und zum anderen die Kontrolle dadurch ausgebaut werden, daß die Witzierung der Arbeiter- und Bauernräte sowie von Konsumentenvereinigungen eingerichtet wird.

Die Lage in München.

München, 7. Mai. Das Geschäftsleben in München kehrt wieder in normale Bahnen zurück. Der Straßenbahnverkehr ruht noch, dagegen ist der Postzustellungsdienst wieder aufgenommen. In der Nacht zum Dienstag hat es noch in verschiedenen Stadtteilen neuerdings kleine Schießereien gegeben. Unter Verfolgung der Dachschützen wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen. Wie die „Münch. Post“ meldet, hat dem Aktionsausschuss der sozialistischen Partei eine beträchtliche Anzahl von Beschwerden über willkürliche Verhaftungen, brutale Behandlung von Gefangenen, über drakonische und überhöhte Geldstrafen zugegangen. Der Aktionsausschuss hat die sofortige Einsetzung eines besonderen staatlichen Untersuchungskommissars für diese Fälle bei der Regierung Hoffmann beantragt. Der Münchener Stadtkommandant hat bis auf weiteres die Bestimmung und Verbreitung von kommunistischen, sozialistischen und bolschewistischen Zeitungen und Zeitschriften sowie der sogenannten Ständekund und Reichsblätter verboten. Von dem während der kommunistischen Herrschaft eingerichteten Revolutionstribunal sind bereits einige Mitglieder verurteilt worden, darunter zwei Reichsanwälte. Dem Vorsitzenden soll der Prozeß wegen Hochverrats gemacht werden. Die Kommunisten haben in München laut „Abendztg.“ für über eine Million Mark fällige 20-Mark-Scheine gedruckt und in Umlauf gebracht. Unter den Toten befinden sich, wie nunmehr einwandfrei festgestellt ist, u. a. der Führer der roten Armee, der Student Keller, der Oberkommandant Engelhofer und der Frei-

denker Zentheimer. Am Montagabend wurde die Privatsekretärin Engelhofers verhaftet, die sich nach einer Meldung der „Abendztg.“ bereits an den Spartakisten aufständen in Bremen und Leipzig beteiligt hat. Nach dem „Bayer. Kurier“ wurden im Keller des Luisenpark-Gymnasiums, wo der Geiselnord eingelegt, ein Schaff mit menschlichen Eingeweiden, ferner Finger und Schädelteile gefunden. Es wird vermutet, daß noch mehr Geiseln ermordet und die Leichenteile verstreut oder in einen Bach geworfen wurden. Untersuchung ist eingeleitet. Die wirtschaftliche Lage Münchens hat sich seit 18. April geradezu katastrophal gestaltet. Die Kohlennot hatte sich bereits zugewandelt, daß in den industriellen Betrieben eine regelmäßige Arbeit unmöglich wurde. Nach einer Mitteilung des städtischen Finanzreferenten Dr. Kronenberger sind die Einnahmeausfälle und die Schäden, die die Stadtgemeinde selbst infolge der Streiks und der Unruhen ohne Einrechnung der Sachschäden erlitten hat, auf etwa zwei Millionen Mark zu berechnen. — Der Magistrat beschloß in geheimer Sitzung die Beerdigung der ermordeten Geiseln auf Kosten der Stadt vorzunehmen und an der Bahre der Opfer Kränze niederlegen zu lassen. An der Beerdigung wird auch eine Abordnung des Magistrats teilnehmen.

Ein neues Blutbad.

München, 7. Mai. Die Erörterung über den Geiselnord sowie über den heimtückischen Mordhand der Spartakisten haben zu verblühenden wütenden Verbänden geführt. Am Abend des 3. Mai fand entgegen den bestehenden Anordnungen über das Versammlungsverbot eine Versammlung von etwa 30 Personen im Norden der Stadt statt. Die Versammlung wurde durch Streiktruppen aufgelöst. Die Versammlung inhaftiert und in das Gefängnis am Rosenbergerplatz geführt. In diesem drang gegen 9 Uhr abends eine Gruppe kaiserlicher bayerischer Soldaten im Mordhand, Spartakisten vor sich zu legen, 21 Personen töteten. Die Schuldigen wurden verhaftet. Die kriegsgerichtliche Untersuchung ist im Gange und liegt in der Hand der 2. Gerichtsdivision. Die Generale v. Tien und Mosch bedauern auf das lebhafteste diesen Ausbruch entsetzlicher Wildheit. Sie haben den Befehl erteilt, daß über Selbst, der eine unermessliche Erschießung vernimmt, als Mörder behandelt und erschossen wird.

Anerseits ist das Verbrechen ein erneuter Beweis dafür, daß für so schnelle und verurteilungsbedürftige Angelegenheiten, wie sie hier zu sehen sind, nur eine durch eiserne Disziplin geschulte, fest in der Hand ihrer Offiziere befindliche Truppe gebraucht werden kann.

Die Regelung der Spartakuschäden.

Die verläutet, liegt dem Staatenausschuss eine Vorlage vor, die die Schadenersatzfrage für die Schäden infolge der Spartakusunruhen regelt. Der Entwurf bringt die Verteilung der Schäden auf Reich, Staat und Gemeinden. Die Reichsregierung stellt sich mit diesem Entwurf auf den Standpunkt, daß es unbillig wäre, die Schäden allein den Gemeinden, namentlich der Stadt Berlin, tragen zu lassen, da ein großer Teil der Schäden als Kriegsschäden zu gelten hätten, die im Kampfe zwischen Regierungstruppen und Aufständischen entstanden sind. Die Vorlage wird der Nationalversammlung demnächst zugehen.

Ruhe in Oberschlesien.

Berlin, 7. Mai. Die Nachricht, daß nur 10 Prozent der Arbeiter in Oberschlesien der Aufforderung zur Arbeit Folge geleistet haben, ist unrichtig. In ganz Oberschlesien wird gearbeitet. Der Streik ist völlig erloschen. Nichts ist vielleicht nur, daß die Aufforderung zur Arbeit an viele Arbeiter gar nicht erst zu ergeben brauchte, da sie sich von selbst zur Arbeit gemeldet haben.

Ruhe in Stralsund.

Stralsund, 7. Mai. Wie die Telegraphen-Union mitteilt, ist nach den kaiserlichen Unruhen wieder völlige Ruhe eingetreten. Nur kurz nach Mitternacht kam es zu vereinzelten Schießereien, deren Urheber nicht ermittelt werden konnten. Militärteiler und Schulleute patrouillieren auf den Straßen, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Die Rückkehr der Chinesen.

W. T. B. Berlin, 6. Mai. Von dem am 13. März d. J. aus China abgegangenen deutschen Heimkehrertransporten ist der auf dem Dampfer „Aureus“ beförderte, der ausschließlich Männer umfaßt, am 27. April und der auf dem Dampfer „Noora“ beförderte, der aus Männern, Frauen und Kindern, besonders aus Nordchina, bestand, am 3. Mai über Rotterdam zur Weiterreise in die Heimat in Wesel eingetroffen. Nur Begleitung der Heimkehrer auf deutschem Boden waren vom Auswärtigen Amt Kommissar v. Lippelskirch und ebenso ein Vertreter des Reichsmarineamts entsandt worden. Ferner waren Vertreter des Ostasiatischen Vereins und des Deutsch-Chinesischen Verbandes zum Empfang erschienen. Der dritte Transport, der ebenfalls aus Familien, größtenteils aus Schanghai, besteht, wird in Wesel voraussichtlich heute oder morgen eintreffen.

Deutsch-Österreich.

Vertagung der Nationalversammlung.

Wien, 6. Mai. Nach ganz kurzer Sitzung wurde heute die Nationalversammlung vertagt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege bekannt gegeben werden. Das sind die äußeren Zeichen einer Krise, über deren Verlauf sich keine Vorhersage machen läßt. Es sind zwei Momente, die den kritischen Zustand des Kabinetts und der Republik herbeiführen: die Differenz in der Frage der Sozialisierung und die in der Frage des Anschlusses an Deutschland.

Das Programm der Deutschen demokratischen Partei.

(Schluß.)

II. Kulturelle Fragen.

1. Religion und Kirche.

Die Deutsche demokratische Partei verlangt für alle die Freiheit zur Pflege ihrer Weltanschauung und zur Vereinigung in Religionsgemeinschaften. Die Staatskirche lehnt sie ab; sie erkennt jedoch an, daß die Abkündigung der Kirchenverträge von der des Staats nur allmählich herbeigeführt werden kann unter Wahrung des Kirchenbesitzes und des Kirchensteuerrechts. Auch nach vollzogener Enttätlichung der Religionsgemeinschaften ist ihnen ein Staatsschutz entsprechend ihrer kulturellen Würde und Bedeutung zu gewähren. Jedes Kind empfängt den Religionsunterricht keiner Konfession in der Schule, aber ohne Gewissenszwang gegen Eltern und Lehrer.

2. Kunst und Wissenschaft; Unterricht.

Die Deutsche demokratische Partei besteht auf völliger Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, der Kunst und der Presse.

Das Ziel der Schule ist neben dem Erwerb von Kenntnissen vor allem die geistige Tüchtigkeit und die sittliche Charakterbildung der Jugend auf deutschvolkstümlicher Grundlage. Der Unterbau des gesamten Schulwesens ist eine gemeinsame, für alle verbindliche Grundschule. An sie schließen sich die mittleren und höheren Schulen sowie die Hochschulen an, entsprechend den mannigfaltigen Lebensberufen und Veranlagungen gegliedert. So weit Privatschulen als Fortsetzung der Grundschulen zulässig sind, unterliegen sie staatlicher Genehmigung und Aufsicht. Sie unterstehen den für das öffentliche Schulwesen gültigen Bestimmungen.

Die allgemeine Schulpflicht dauert 8 Jahre. Wird ihr ausschließlich durch den Besuch der Volksschule genügt, so verlängert sie sich in Fach- und Fortbildungsschulen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

Der Unterricht in den Volks-, Fach- und Fortbildungsschulen ist unentgeltlich. Begabten Unbemittelten ist die ihren Anlagen entsprechende Ausbildung durch Bereitstellung öffentlicher Mittel auch für den Unterhalt zu ermöglichen.

Außer das Schulwesen hinaus muß der Staat alles tun, um das Verständnis für die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung und künstlerischen Wirkens in allen Volksschichten zu erwecken und zu vertiefen.

3. Rechtsfragen.

Die Deutsche demokratische Partei fordert eine eingehende Reform des Rechts unter Gleichstellung der Geschlechter, Vereinfachung und Vereinfachung der Rechtsverfolgung sowie Umgestaltung des Strafrechts in neuzeitlichem Sinne. Sie tritt ein für Aufrechterhaltung eines unabhängigen Berufsrichtertums, aber unter vermehrter Heranziehung des Laienelements zur Rechtsprechung, und für die Beibehaltung der freien Rechtsanwaltschaft.

Das geistige Eigentum ist wirksam zu schützen. Das gesetzliche Erbrecht ist entferntere Verwandtschaftsgrade ist zugunsten des Staats einzuschränken.

III. Volkswirtschaft.

1. Aufbau der Wirtschaftsordnung.

Die Stellung der Deutschen demokratischen Partei zur Wirtschaftsordnung wird von der Überzeugung bestimmt, daß auch auf diesem Gebiet das Interesse der Allgemeinheit dem des einzelnen unbedingt vorgeht.

Eine demokratische und soziale Ausgestaltung unserer Gesamtwirtschaft ist erforderlich. Die Partei hält grundsätzlich am Privatigentum fest. Sie verwirft die unterschiedslose Überführung aller Produktionsmittel in die Hände der Gemeinschaft und hält die Sozialisierung nur dort für berechtigt, wo eine Begrenzung monopolistischer Herrschaftsverhältnisse notwendig ist oder wo durch staatlich geregelte Wirtschaft eine Steigerung der Produktion erzielt werden kann. Darnach ist die möglichst baldige gemeinwirtschaftliche Verwertung der natürlichen Monopole, d. h. die Gewinnung und Verwertung von Gütern, die unentbehrlich und nicht in willkürlich vermehrbarer Menge vorhanden sind, sowie die Übernahme von Betrieben, die für die Wirtschaft des gesamten Volkes besonders wichtig sind, geboten. Betriebe, die künftig zur Volkswirtschaft heranreifen, müssen ihr zugewiesen werden; hierbei erforderliche Enteignungen dürfen nur gegen angemessene Entschädigungen erfolgen.

In jedem Fall aber ist eine Ordnung zu treffen, die den Unternehmungsgeist nicht lähmt, sondern das Interesse auch des einzelnen an der Wirtschaft lebendig erhält. Der persönliche Anreiz und die ins höchste zu steigende Tätigkeit und Tüchtigkeit sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter sind und bleiben für den Wiederaufbau und die Entfaltung der deutschen Wirtschaft unentbehrlich.

2. Finanzwesen.

Die Deutsche demokratische Partei fordert weitgehendste Erfassung der Kriegsgewinne; einer einmaligen Abgabe vom Vermögen zur Deckung der Kriegsschulden stimmt sie zu. Die progressive Besteuerung der Vermögen, Einkommen und Nachlässe auch für Ehegatten und Nachkommen ist geboten. Bei der Vermögens- und Nachlassbesteuerung sind die kleinen Vermögen gänzlich freizulassen, der Familienstand und die Erwerbsfähigkeit der Steuerpflichtigen sind stets zu berücksichtigen. Hundertes Einkommen ist grundsätzlich höher zu besteuern als Arbeitseinkommen. Der Steuerhusch muß wirksam entgegengetreten werden.

3. Sozialpolitik.

Die Deutsche demokratische Partei tritt ein für umfassende Umgestaltung der sozialen Fürsorge und erblickt in einer entschlossenen Sozialpolitik das beste Mittel zur Dehung und Stärkung der deutschen Volkskraft. Sie verlangt insbesondere Schutz der arbeitenden Frauen, Männer und Jugendlichen, Verbot der Kinderarbeit, Kinder- und Jugendfürsorge, Volks- und Arbeitshygiene. Besonderer Berücksichtigung bedürfen die gerechten Ansprüche der Kriegsgeschädigten und der Hinterbliebenen der Kriegesgefallenen.

Die Schaffung ausreichender und gesunder Wohnungen in Stadt und Land ist eine Lebensfrage für unser Volk. Sie ist untrennbar von einer sozialen Lösung der Bodenfrage, die keinen Aufschub duldet; diese muß den deutschen Boden ungefährdeter Spekulation entziehen.

Die Deutsche demokratische Partei erklärt sich für den Achtstundentags- und ausreichenden Urlaub aller in Handel und Industrie Beschäftigten. Damit die hierbei gebotene Rücksichtnahme auf den Wettbewerb am Weltmarkt nicht zum Hemmnis sozialen Fortschritts wird verlangt die Partei Vereinbarung eines zwischenstaatlichen sozialpolitischen Mindestprogramms.

4. Arbeitnehmer.

Alle Arbeitsverhältnisse einschließlich der Lohn- und Gehaltsfragen sind so zu regeln, daß die Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft gestärkt wird.

Die politische Freiheit und Gleichberechtigung aller Volksgenossen ist untrennbar mit wirtschaftlicher Unfreiheit und Bevormundung. Die Deutsche demokratische Partei fordert deshalb neben der politischen auch die wirtschaftliche Demokratie. Sie tritt ein für Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhalten gesetzliche Anerkennung und wirken zusammen bei tarifmäßiger Vereinbarung und schiedsgerichtlicher Schlichtung aller das Arbeitsverhältnis betreffenden Streitigkeiten.

Die ununterbrochene Fortsetzung der Arbeit in gemeinnützigen Betrieben ist eine öffentliche Notwendigkeit. Die Interessen der Arbeitnehmerschaft solcher Betriebe sind durch besondere Rechtsvorschriften vor jeder Gefährdung zu bewahren.

Der Rot der Arbeitslosigkeit ist durch Schaffung einer Arbeitslosenversicherung zu steuern. Jeder Arbeitslose hat aber die Arbeit anzunehmen, die seinen körperlichen oder geistigen Kräften entspricht.

Die Angelegenheiten der Heim-, Land- und Fortarbeiter sowie der Ausgeschickten sind nach ähnlichen Gesichtspunkten zu regeln, wie sie für Industriearbeiter gelten. Die Frauen-

Räse-Verteilung.

Am Freitag und Samstag dieser Woche kommt in allen Bäckereigeschäften

75 g Gervaiskäse

zum Preise von 75 Pf. je 75 g zur Verteilung. F 332 Wiesbaden, den 7. Mai 1919.

Der Magistrat.

Anzündeholz per 3tr. M. 7.20
Abfallholz per 3tr. M. 5.60

frei ins Haus liefert **W. Gail Wwe.**,
Wiesbaden, Schwabacher Straße 2. Telef. 84.

Elektr. Schnüre

für Jugendstil, Stehlampen, Verlängerungen,
Kabel, Putzstr. 44, n. Residenz-Theater. 485

Taschen-Feuerzeuge engros

Große Auswahl. — Muster gegen Nachnahme.
Emil Fiebertmann, Frankfurt a. M.

Geigen, Cellos

auch defekte, sowie Mandolinen und Gitarren kauft zu hohen Preisen **Zimmermann, Weberstraße 25.** Tel. 3253

Piano

von Privat kauft zu hohem Preis
Frau Vogel, Bleichstr. 15.

Photogr. Apparate

von G. u. Z. u. Z. kauft ich bis 400 M. per Stück,
sowie für einfache Optik hohe Preise.

Telephon 3253. **Zimmermann, Weberstraße 25.**

Kisten

ganz große u. kleine, gut erhalten, zu verkaufen.
Ed. Heesen, Wagemannstraße 21, Laden.

Tanz-Lehrinstitut Carl Diehl u. Frau
Friedrichstraße 43, 1. Etage.

Unterricht in allen Tänzen

auch in der modernen Tanzweise.

Eigener, vornehmer Unterrichtssaal im Hause.

Tanz-Lehrinstitut Carl Diehl u. Frau
Friedrichstraße 43, 1. Etage.

Wiesbadener Tanzschule

Fritz Sauer u. Frau

Adelheidstr. 33, P. Telephon 4555.

Schüler u. Freunde meines Hauses zur
gefl. Kenntnisnahme, daß
die Tanz-Übungs-Abende für mod. Tänze
von jetzt ab wieder jeden Freitag
8 Uhr stattfinden.

Frau Frieda Sauer, Wwe.,
geb. von Felcke.

Kaufmann

Langjähriger erster Buchhalter, empfiehlt sich zum
Betragen und Einrichten von Büchern, Aufstellen von
Jahresabschlüssen und sonstigen einschlägigen Ver-
trauensarbeiten. Gebl. Offerten unter J. 816 an
den Verbl.-Verlag.

Kern-Gräte

1/4 Bld. M. 4.50
bei Originalpaket
Bld. M. 17.—.

Ferd. Meri
Michelsberg 9
Telephon 652.

Schöne Treibhausgärten

Stadt 2.50 M.
Kopfflaten 50 Pf.
Spargel M. 2.50.
Heinrich Paab
Körnerstraße 7.

Ein großer Transport

angelaufen u. lade Kauf-
liebhaber höflich ein.
H. Hebel
Dortmund,
Obergasse 19. Tel. 1571.

Guppenhühner

per Pfund
6 u. 7 M.
Junge

Brathühner empfiehlt
W. Geyer
Grabenstraße 3,
nahe der Markstraße.
Telephon 408. 540

Rautabak

in bekannter Güte.
Für Wiederverkäufer aner-
kente Bezugsquelle. Lieferung
eines jeb. Postens.
Tabak u. Zigarrenhaus
Kögl. Hellmuthstr. 34.

Thomasmehl

eingetroffen.
Carl Ziss
Telephon 2108
Dortheimer Str. 101.

Grabdenkmal- und Friedhofskunst

Wiesbaden, Nicolaistraße 3
Telephon 401

Entwürfe u. Beratung für Denkmal, Anpflanzung,
Einzelgräber, Familiengräber, Friedhofsanlagen.
Auf Wunsch Lieferung von Grabsteinen mit schönsten Abbildungen.

Ständige Ausstellung von Entwürfen

Wiesbaden, Nicolaistraße 3

von Grabdenkmälern

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Telephon 401

Geld gibt M. Klein, Frank-

furt a. M., 24. Jan.,
Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Telephon 12 bis 7. Sonntag 10
bis 3 Uhr hier, Zellenstr. 14,
Seitenb. Parl., zu sprechen.

Auto.

Ich suche mein Auto gegen Poup und Selbst-
fahrräder umzutauschen. Off. unter J. 70 an die
Tagbl.-Poststelle, Bismarck-Ring.

Ihre Vermählung zeigen an
Wilhelm Horst
Elfriede Horst
geb. Blum.

28. April 1919.

Wiesbaden a. Teufelburger Wald
Kirchplatz 141.

Frankfurt a. M.
Unterlinden 65.

Dankagung.

Allen lieben Freunden, die
in den letzten Tagen meiner
heimgegangenen Schwester und
meiner so teilnehmend gedachten
sage ich auf diesem Wege herz-
lichen Dank.

Emilie Eibach.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, daß am 6. Mai plötzlich und
unerwartet unsere liebe Mutter, Großmutter
und Schwiegermutter

Frau Kath. Kohler Wwe.

im 66. Lebensjahre, sanft dem Herrn ent-
schlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie **Gust. Kohler.**
Familie **A. Klein, geb. Kohler.**
Karl Kohler.

Wiesbaden, Reugasse 10, den 8. Mai 1919.

Die Beerdigung findet Freitag, den 9. Mai,
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Südriedhofes aus statt.

Todes-Anzeige.

Nach längerem Leiden verschied am 6. d. Mts.

Fräulein Theresie Stod

tieft betrauert von den Ihrigen.

Wiesbaden, Hamburg, den 6. Mai 1919.

Die Beerdigung findet Samstag, den 10. Mai,
10 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Fried-
hofes, Platter Straße, aus statt.

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Standesamt Wiesbaden

Heute abend 7 Uhr:
Wieder-Eröffnung

der Festsäle u. Wintergärten
des Wein-Restaurants

Carlton

10 Wilhelmstraße 10
im Hotel Metropole.

Erstklassige Küche.

Alle Delikatessen der Saison.

Reichhaltigste Karte auslesener

— Weine —

von renommierten Firmen und aus

eigenen Kellereien.

Täglich ab 7 Uhr

im Carlton-Restaurant u. Festsaal

die

Carlton-Musikkapelle.

Eröffnungs-Fest-Souper

zu Mk. 12.—.

Damenschneider Chr. Wagner

Taunusstraße 27

empfiehlt sich zur Anfertigung von Kostümen,
seldenen und leinenen Kleidern, sowie Modernisieren
bei bester Ausführung zu soliden Preisen.

Badhaus zum Bären

Kl. Webergasse 2/4 :: Bärenstraße 3.

Eigene Thermal-Quelle im Hause. 310

Thermalbäder direkt aus der Quelle.

Kohlensäure-Bäder, elektr. Lichtbäder, Sauer-

stoffbäder. — Fango-Behandlung. — Trink-Kur.

Hohe luftige Badehalle. — Ruheräume.

Früh eingetroffen:

1 Waggon holl. Kopfsalat

Stück von 50 Pfg. an.

Apfelsinen, Zitronen, Feigen, Datteln,

Haselnüsse und Walnüsse

zum billigsten Tagespreis.

Hermann Knapp

Wiesbaden,

Friedrichstraße 8. Telefon 6458.

Früh eingetroffen:

1 Waggon rotfleischige holländ.

Möhren.

Teleph. 2806 **Karl Bender** Teleph. 2806
7 Mauergasse 7.

Von heute ab stehen zum

Verkauf:

100 amerikanische

Maultiere

(schwere u. leichte Gespanne).

S. Barmann Wwe.,

Erbenheim.

Freitag stehen

Ferkel zum

bei Geur. Herzger, Viehh., Schierstein, Viehstr. 23.

Ihre Hühner

Ihr Hund

legen viel Eier bleibt bei Kräften

nenn sie mein Kraftfutter füttern.

Nathandstraße 5 **Grether**, Ruseumstraße 6.

Neu-Eingänge in Stoffen feinsten Qualität

für

Anzüge und Beinkleider nach Maß.

Verkauf auch meterweise.

Heinrich Wels

Kirchgasse 64.

Abteilung für feine Maß-Anfertigung. K147

Pilatus-Stahl

Messer, Scheren usw.

aus echt mit



Kataloge an Händler zu Diensten. F63

Fabrik Engelswerk in Foche bei Solingen.

„Mode“

Bestell. auf „Modenwelt“, „Dies Blatt
geh. d. Hausfrau“, „Prakt. Berlinerin“,
„Die Dame“ nimmt entgegen
S. Gies, Bsch. (n. Hauptpost).

Verlangen Sie in den
einschlag. Geschäften

Rasiermesser, Apparate und

Klingen, Taschen-Messer,

Scheren u. Bestecke u. s. w.

mit der „Engels-Mark“ Sie

sind dann sicher, nur beste

Qualität gekauft zu haben.

Kataloge an Händler zu Diensten. F63

Fabrik Engelswerk in Foche bei Solingen.

Milchsäurehaltig.

Hoch's Limonaden

sind milchsäurehaltig und von
anerkannt bester Qualität.

Mineralwasseranstalt Karl Hoch

Dotzheimer Str. 109.

Telephon 2372.

Brillanten, Perlen

Gold- u. Silber-Ringen, Silberketten aller Art, gold.

Uhren u. Ketten, Pfandscheine laufen zu hohen Preisen

U. Geizhals, Webergasse 14. Tel. 4139.

Möbel-Ankauf.

Herrschaftliche, bürgerliche kompl. Villen-
Wohnungs- u. Zim.-Einricht., auch einfache,
einzelne gut erhaltene Möbelstücke, komplette Dielenlässe,
Polstermöbel und Porzellan werden in jeder Höhe bei
Barzahlung angekauft.

Gleichzeitig empfehle mein großes Lager
in neuen Möbeln und Gelegenheitskäufen.
Auf- und Umarbeiten von Schreiner- u. Polsterarbeiten
in eigenen Werkstätten.

Möbelhaus Jakob Fuhr

Viehhstraße 34. Telefon 2737.

Ab Freitag solange Vorrat reicht:

Hochf. Cabliau i. Ausschnitt 2.50

Cabliau im ganzen 2.00

Schellfisch, grosse 2.00

Schellfisch, mittel 1.50

Schollen 1.50

F. C. Hench

Ecke der Goldgasse und Grabenstrasse.

Telephon 75.

Eisenlikör „Trilecit“

ein vorzüglich bewährtes anregendes Mittel bei Schwächezu-

ständen jeder Art. Alleinverkauf per Flasche 4.00 Mk. 490

Schützenhof-Apotheke, Langgasse 11.

Birken-Schlafzimmer

hell und dunkel wieder fertig
prima Qualität, preiswert.

Weyershäuser u. Rübsamen

Möbelfabrik 553

Wiesbaden, Luisenstraße 17.

Anfertigung eleganter Kostüme

unter Garantie für beste Ausführung.

Alle Änderungen prompt und billig.

P. Mit, Damenschneider, Am Römerhof 7.

Telephon 2761.

Rotes Haus

Kirchgasse 76.

Nur selbstgekelterter Wein 1.50

im Ausschank 2/10 Glas m. Steuer M.

Bestgepflegte Biere.

Hans Urnes.

= Torf =

erste Tage eintreffend. Bestellungen nimmt entgegen

S. J. Meyer, Kirchgasse 50.

Fischhaus Johann Wolter

12 Ellenbogengasse 12

Fernsprecher 453 — Gegründet 1886

empfiehlt im freien Verkauf

Pa. Holländer Angelscheilfische

Nordseeschollen — Limandes

Prachtvoller Nordsee-Kabeljau

Gewäss. Stockfische nur Mittelstücke

Verschiedene Fischmarinaden! in bekannter Güte

Geräuch. Seelachs Muscheln (in Salze,

in Essig,

in eigenem Saft

Kaninleberpaste der herrliche Brotauf-

strich, sehr schmack-

haft, äußerst ergiebig!

Riesen-Vollfetteringe

Geschäftszeit 8—1 Uhr, 3—6 Uhr.

Steter Ankauf

von gebrauchten Möbeln aller Art

ganzer Wohnungseinrichtungen, Nachlässe,

Pianos, Kassenschränke, Mansarden- und

Kellerentensilien, Aufstellfächer bei Jos. Kassa.

August Reiningger

Wellrichstraße 37. Teleph. 6109.

Herrnmühle.

„Tafelöl“ gute Qualität
in freiem
Verkauf
empfiehlt **Carl Finger.**

Französische Konversations-Abende

für bessere Kreise empfiehlt gebildeter, vielgeübter
und perfekt sprechender Kaufmann. Praktische
Weise zum flotten Erlernen d. französischen Sprache.
Gruppen von 4—5 Damen oder Herren erwünscht.
Abhaltung der Abende bei den betreffenden Herr-
schaften. Honorar nach Uebereinkunft. Gefällige
Offerten unter U. 818 an den Tagbl.-Verlag.

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Gutgehendes Möbel- u. Parfiewarengeschäft

ist wegen anderweitigem Unternehmen

unter günstigen Bedingungen billig

sofort zu verkaufen.

Offerten unt. T. 817 an den Tagbl.-Verl.